

## Exklusionsrisiken und Inklusionsstrategien im erweiterten Europa

### 1. Thema und Kurzfassung

Die europäische Integration stellt eine große Herausforderung für nationalstaatliche Integrationsleistungen dar, weil sie den Nationalstaaten bestimmte Kompetenzen und Steuerungsmöglichkeiten entzieht und zugleich durch gemeinsame Marktbildung eine verstärkte ökonomische Dynamik auslöst. Diese Veränderungen haben Rückwirkungen auf Ungleichheitsentwicklungen innerhalb der Länder der europäischen Union. Während in der Europäischen Union (EU) Grenzen für die Wirtschaft kontinuierlich an Bedeutung verlieren, bleiben soziale Grenzziehungen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen. Im Kontext von globalisierter Marktökonomie, nationalem Sozialstaatumbau und europäischer Governance erleben traditionelle soziale Disparitäten eine Renaissance und/oder neue Disparitäten gewinnen an Bedeutung. Bei dauerhafter Verfestigung stellen sie *Exklusionsrisiken* dar, die sich auf verschiedenen Ebenen manifestieren können: Für die *einzelnen Gesellschaftsmitglieder* in Alltag und Lebenslauf, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, als Marktteilnehmerinnen nicht erfolgreich sind; für bestimmte *soziale Gruppen*, wenn sie um des Markterfolgs willen mobil werden und ihnen dann als Migrantinnen der Zugang zu Ressourcen und Lebenschancen erschwert wird und schließlich auch für *ganze Regionen*, wenn sie sich im nationalen und innereuropäischen Wettbewerb um Ressourcen (Kapital, Arbeitskräfte, politische Handlungsfähigkeit) nicht behaupten können.

Die Ursachen dieser Risiken sind vielfältig, ihre Dynamiken sind meist nur ex post erfassbar, und erfolgreiche politische Lösungen lassen sich nicht ohne weiteres generieren. Gleichwohl bieten Nationalgesellschaften ebenso wie die EU einen Handlungsrahmen, in dem *neue Strategien gesellschaftlicher Integration* entstehen können. Relevante Anknüpfungspunkte sind auf der Ebene der EU ein Verständnis von citizenship, das nicht nur auf den liberalen Marktbürger zielt, sondern auch soziale und politische Rechte

einschließt (Anti-Diskriminierung, europäisches Sozialmodell), auf der Ebene der Nationalstaaten Transformationen von Sozialpolitik, die weniger auf Statussicherung, denn auf Exklusionsvermeidung zielen. Weiter wird versucht, über regionalpolitische Interventionen bestimmte territorial konzentrierte Benachteiligungen auszugleichen.

Zu vermuten ist, dass der Erfolg solcher politischer Strategien aber begrenzt ist und/oder sich erst in Interaktion mit spezifischen Handlungsmustern unterschiedlicher Akteure entfaltet. Von daher kommt der Analyse endogener Handlungspotentiale ökonomischer, sozialer oder zivilgesellschaftlicher Art, die es Individuen, Gruppen und regionalen Einheiten gestatten, Entwicklungserfolge zu erzielen, besondere Bedeutung zu. Hier liegt zugleich die gesellschaftspolitische Relevanz der Thematik.

In dem Graduiertenkolleg sollen vor allem Arbeiten gefördert werden, die die Analyse von spezifischen Exklusionsrisiken mit der Exploration von Inklusionsstrategien verbinden. Als Untersuchungsfelder werden vorgeschlagen:

- De-Standardisierung von Arbeit und Leben,
- Migration,
- regionale Disparitäten.

Die Forschungsfragen sollen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven (Sozial-Wirtschafts-, Kultur- und Rechtswissenschaften) und ggf. auch komparatistisch untersucht werden.

## **2. Ziel, Programm und Forschungsschwerpunkte**

Thema des Kollegs sind Exklusionsrisiken und Inklusionsstrategien im erweiterten Europa. Die Relevanz der Fragestellung ergibt sich zunächst daraus, dass die europäische Integration eine große Herausforderung für nationalstaatliche Integrationsleistungen darstellt, weil sie den Nationalstaaten bestimmte Kompetenzen und Steuerungsmöglichkeiten entzieht und zugleich durch gemeinsame Marktbildung eine verstrkte ökonomische Dynamik auslöst.

Diese Veränderungen haben Rückwirkungen auf Ungleichheitsentwicklungen innerhalb der Länder der europäischen Union. Während in der Europäischen Union Grenzen für die Wirtschaft kontinuierlich an Bedeutung verlieren, bleiben soziale Grenzbeziehungen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen. Im Kontext von globalisierter Marktökonomie, nationalem Sozialstaatumbau und europäischer Governance erleben traditionelle soziale Disparitäten eine Renaissance und/oder gewinnen neue Disparitäten an Bedeutung. Bei dauerhafter Verfestigung stellen sie *Exklusionsrisiken* dar, die sich auf verschiedenen Ebenen manifestieren können: Für die *einzelnen Gesellschaftsmitglieder* in Alltag und Lebenslauf, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, als Marktteilnehmerinnen nicht erfolgreich sind; für bestimmte *soziale Gruppen*, wenn sie um des Markterfolgs willen mobil werden und ihnen dann als Migrantinnen der Zugang zu Ressourcen und Lebenschancen erschwert wird, und schließlich auch für *ganze Regionen*, wenn sie sich im nationalen und innereuropäischen Wettbewerb um Ressourcen (Kapital, Arbeitskräfte, politische Handlungsfähigkeit) nicht behaupten können.

Die Ursachen dieser Risiken sind vielfältig, ihre Dynamiken sind meist nur ex post erfassbar und erfolgreiche politische Lösungen lassen sich nicht ohne weiteres generieren. Gleichwohl bieten Nationalgesellschaften ebenso wie die EU einen Handlungsrahmen, in dem *neue Strategien gesellschaftlicher Integration* entstehen können. Relevante Anknüpfungspunkte sind auf der Ebene der EU ein Verständnis von citizenship, das nicht nur auf den liberalen Marktbürger zielt, sondern auch soziale und politische Rechte einschließt (Anti-Diskriminierung, europäisches Sozialmodell), auf der Ebene der Nationalstaaten Transformationen von Sozialpolitik, welche neuen Risiken besser zu begegnen sucht. Weiter wird schon länger versucht, über regionalpolitische Interventionen bestimmte territorial konzentrierte Benachteiligungen auszugleichen. Zu vermuten ist, dass der Erfolg solcher politischer Strategien aber begrenzt ist und/oder sich erst in Interaktion mit spezifischen Handlungsmustern unterschiedlicher Akteure entfaltet. Von daher kommt der Analyse endogener Handlungspotentiale ökonomischer, sozialer oder zivilgesellschaftlicher Art, die es Individuen, Gruppen und regionalen Einheiten gestatten, Entwicklungserfolge zu erzielen, besondere Bedeutung zu.

Während Exklusionsrisiken unterschiedlicher Art bereits seit einiger Zeit Gegenstand vielfältiger Forschungsaktivitäten sind, findet die Frage nach Integrationsstrategien bisher jedoch deutlich weniger Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt im gesellschaftspolitischen und sozialwissenschaftlichen Diskurs der neuen Beitrittsländer wird jedoch auf die Dringlichkeit einer solchen Forschungsperspektive hingewiesen.

Hier liegt zugleich die gesellschaftspolitische Relevanz der Thematik. *Ziel* des beantragten Kollegs ist es, über eine Verbindung der Analyse von spezifischen Exklusionsrisiken mit der Exploration von Inklusionsstrategien zu einem besseren Verständnis von politischen, sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Handlungsbedarfen, Handlungsbedingungen und Handlungsmöglichkeiten im erweiterten Europa beizutragen. Das Interesse von Nachwuchswissenschaftler(inne)n aus ost- wie westeuropäischen Ländern an der Integrationsproblematik ist offensichtlich hoch, zugleich streben Promovierte aus dem Bereich der Sozialwissenschaften nicht nur in die Forschung, sondern vor allem auch in Schlüsselpositionen in internationalen Organisationen, Bildungseinrichtungen und politischen Organisationen. Von daher könnte mit einer thematischen Schwerpunktsetzung in diesem Bereich nicht nur wissenschaftliche Erkenntnis erweitert, sondern auch ein praktischer Multiplikatoreffekt erzielt werden.

In dem Kolleg sollen daher vor allem Arbeiten gefördert werden, die die Untersuchung von Exklusionsrisiken mit der Erforschung von Inklusionsstrategien verbinden. Dabei sollen unterschiedliche disziplinäre Perspektiven (Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- und Rechtswissenschaften) und zugleich auch komparatistische Sichtweisen zum Tragen kommen. Für beides bietet die Integration des geplanten Kollegs in die GSSS an der Universität Bremen hervorragende Voraussetzungen (vgl. Punkt 2 und 4 dieses Antrags).

Die integrierte Untersuchung von Exklusionsrisiken und Integrationsstrategien soll auf drei Untersuchungsfelder konzentriert werden:

- De-Standardisierung von Arbeit und Leben,
- Migration,
- regionale Disparitäten.

Diese Felder bieten sich an, weil sie relativ neue gesellschaftliche Problemkonstellationen bezeichnen, die zudem durch die EU-Erweiterung an Bedeutung gewinnen. Sie erlauben zugleich eine Konzentration auf je spezifische Akteursebenen: die Ebene individuellen Handelns im Bereich der De-Standardisierung von Arbeit und Leben, die Ebene von sozialen Gruppen im Fall der Migration und die Ebene von Regionen im Fall regionaler Disparitäten. Schließlich sind aus der Bearbeitung dieser drei Felder, die zunächst ja nur analytisch separierbar, in der Realität jedoch vielfältig interdependent sind, im Rahmen eines Kollegs wissenschaftliche Synergieeffekte zu erwarten: für die Bearbeitung der Einzelthemen ebenso wie für die Entwicklung einer die Themen übergreifenden, breiteren integrierten Perspektive auf Exklusions- und Inklusionsprozesse.

### **3. Begleitendes Lehr- und Studienprogramm der Graduate School of Social Sciences (GSSS)**

Als Modellprojekt trägt die GSSS den Defiziten traditioneller Doktorandenausbildung Rechnung, indem eine *forschungsorientierte, thematisch fokussierte, curricular gestützte dreijährige Ausbildung in einer School* erfolgt, in der Fellows und Lehrende, ausgestattet mit Arbeitsplätzen und Infrastruktur, gemeinsam arbeiten. Die drei interdisziplinär definierten Themenfelder der GSSS, die jeweils durch eine(n) Juniorprofessor(in) an der School betreut werden, sind 'International Relations', 'The Modern Welfare State' und 'Social Change and the Life Course'.

Die GSSS ist, wie die Struktur der Fellows zeigt, eine *interdisziplinäre und internationale Einrichtung*. Die Verkehrssprache ist Englisch. Zur besseren Integration der ausländischen Bewerberinnen bietet die GSSS die Teilnahme an gestuften Sprachkursen in Deutsch (und ggf. auch in Englisch) an.

Aufgrund des School-Prinzips profitieren die doctorate fellows insbesondere auch von einer horizontalen Vernetzung innerhalb und zwischen den Zulassungskohorten. Die Doktorandinnen werden im eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten gefördert und haben zugleich Raum für die *Selbstorganisation* ihrer Belange.

Die Fellows sind je zu zweit in voll ausgestatteten Büros untergebracht und verfügen über moderne EDV-Arbeitsplätze. Im GSSS-Gebäude befinden sich außerdem drei Seminarräume und die GSSS-Bibliothek mit einem 24-stündigen Zugang für die GSSS-Mitglieder.

Alle Doktorandinnen der GSSS nehmen an einem *Curriculum* teil. Dieses Curriculum enthält allgemeine sowie bereichsspezifische Bestandteile. Zu den allgemeinen und durchgängigen Bestandteilen gehört vor allem der Faculty Workshop, auf dem Lehrende und Nachwuchswissenschaftlerinnen Forschungsarbeiten vorstellen. Der Stundenumfang ist im ersten Studienjahr, in dem ein gemeinsames wissenschaftliches Ausgangsniveau und die Befähigung zur Erarbeitung eines Untersuchungsdesigns erreicht werden sollen, mit acht Semesterwochenstunden relativ hoch, sinkt jedoch in den weiteren Studienjahren.

Im Einzelnen umfasst das Curriculum der GSSS im ersten Semester für jeden Themenbereich einen Theorie- und Methodenkurs sowie ein Doktorandenseminar. Hinzu kommt für alle gemeinsam ein 'Integrated Research Method' Kurs. Im zweiten Semester umfasst das Curriculum fortgeschrittene Seminare zu Theorie und Forschungsmethoden (Kurs ‚Core Theory Seminar II‘, Kurs ‚Research Paradigms‘, Kurs ‚Advanced Research Methods‘) und ein Doctoral Colloquium, an dem auch Doktorandinnen der tragenden Forschungseinrichtungen teilnehmen können.

In den zwei letzten Studienjahren ist nur noch die Teilnahme am Doctoral Colloquium und am Faculty Workshop verbindlich. Der Schwerpunkt liegt hier in der Umsetzung des im ersten Studienjahres entwickelten Forschungsdesigns.

Bestandteil der Ausbildung der Doktorandinnen (in der Regel im zweiten Studienjahr) ist weiterhin die *Durchführung einer Lehrveranstaltung* unter Anleitung von oder in Kooperation mit einer Hochschullehrerin/einem Hochschullehrer. Zur Vorbereitung auf diese Lehrpraxis findet im dritten Semester ein hochschuldidaktischer Kompaktkurs statt.

#### **4. Förderung durch die Heinrich-Böll-Stiftung**

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Promovierende, die den Zielen des grünen Projekts positiv gegenüber stehen, die Grundwerte der Heinrich-Böll-Stiftung teilen und gesellschaftspolitisch aktiv sind. Von den Bewerberinnen werden hervorragende Studienleistungen und ein ausgeprägtes wissenschaftliches Erkenntnisinteresse erwartet. Die Auseinandersetzung mit kritischer Wissenschaft und Offenheit für unkonventionelle und interdisziplinär angelegte Forschungsfragen, Aufgeschlossenheit für innovative Forschungsansätze und Interesse an hochschul-, bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen sind besonders erwünscht.

Die Heinrich-Böll-Stiftung verbindet in ihrer Förderpolitik den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Dies drückt sich u. a. besonders in dem außergewöhnlich hohen Anteil weiblicher Studierender und Promovierender in der Förderung aus. Wir unterstützen junge Frauen insbesondere in jenen Fächern, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind. Zudem sind Bewerbungen von Studierenden mit Migrationshintergrund besonders erwünscht. Wir fördern Stipendiatinnen aus aller Welt; neben Bewerberinnen aus Deutschland unterstützen wir insbesondere junge Menschen aus den Ländern des Südens und aus Osteuropa.

Nachwuchsförderung wird als Beitrag zur Förderung der demokratischen Kultur verstanden: Die Stiftung bietet Raum zu kreativem Denken und zu politischem Austausch im Rahmen einer anregenden Diskussionskultur zwischen Studierenden, jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen, ehemaligen Stipendiatinnen, profilierten Wissenschaftlerinnen und grünen Politikerinnen, geprägt von gegenseitigem Respekt und fairem Umgang untereinander. Das Studienwerk betont den Partizipationsgedanken und gewährt den Stipendiatinnen entsprechende Mitsprachemöglichkeiten. Im Rahmen der Kollegförderung bieten sich den KollegiatInnen die Möglichkeit, den Arbeitsbereich Arbeit, Soziales und Wirtschaft der Heinrich-Böll-Stiftung näher kennen zu lernen und ggf. an der Gestaltung von Tagungen mitzuwirken.